

NACHRICHTEN

Zusatzbeitrag: 22 Kassen erhöhen

Passau. Die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) warnten im Juni vor Beitragserhöhungen ab 2025. Doch für Millionen Versicherte wird es schon heuer teurer. Das zeigt eine Auswertung des Geld-Ratgebers Finanztip mit Sitz in München und Berlin: Seit Mai 2024 haben demnach 22 Krankenkassen mitten im Jahr den Beitrag erhöht. 7,6 Millionen Versicherte seien betroffen. Eigentlich sind Beitragsanpassungen nur zum jeweiligen Jahresbeginn vorgesehen.

Der Krankenversicherungsbeitrag, den sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen, umfasst neben dem allgemeinen Satz von 14,6 Prozent des Bruttolohns den Zusatzbeitrag, den jede Kasse individuell bestimmt. Er war zum Jahreswechsel 2024 bereits auf im Schnitt 1,7 Prozent gestiegen. Manche Kassen liegen zum Teil deutlich darunter, manche deutlich darüber.

22 Kassen hoben laut Finanztip ihren Zusatzbeitrag an. Es handelt sich dabei ausschließlich um Betriebskrankenkassen (BKK). Weder zum Jahreswechsel noch im laufenden Jahr die Zusatzbeiträge erhöht haben die großen Krankenkassen, die in Bayern wählbar sind: AOK Bayern (1,58 Prozent), DAK (1,7 Prozent) und Techniker Krankenkasse (1,2 Prozent). Die Barmer erhöhte den Zusatzbeitrag zum Jahreswechsel von 1,5 auf 2,19 Prozent – aber nicht während des Jahres. Nur drei Kassen senkten laut Stiftung Waren-test die Tarife – dabei handelt es sich ebenfalls und Betriebskrankenkassen: etwa die BKK Faber-Castell in Regen und die Audi BKK in Ingolstadt.

Siemens gliedert Ladegeschäft für E-Fahrzeuge aus

München. Siemens will sein Geschäft mit Ladeflösungen für Elektrofahrzeuge ausgliedern. Der Bereich mit weltweit rund 1.300 Mitarbeitern soll eine eigene rechtliche Struktur bekommen, wie der Konzern mitteilte. Dadurch bekommen Siemens eMobility „mehr Freiraum“, sagt Siemens-Vorstand Matthias Rebellius, zu dessen Zuständigkeitsbereich Smart Infrastructure auch das Ladegeschäft zählt. Es werde dadurch „gut positioniert sein, um neue Partnerschaften einzugehen“. Dazu, ob sich Siemens auf Dauer von eMobility trennen will, ob es beispielsweise verkauft oder in die Börse gebracht werden soll, äußerte sich der Konzern zunächst nicht. Der deutliche Verweis auf Partnerschaften und dass eMobility nicht in die sogenannten Portfolio Companies ausgelagert wird, wie Siemens das in der Vergangenheit immer wieder mit Geschäftsbereichen getan hat, von denen es sich trennen will, spricht aber eher dagegen. Siemens hatte erst Anfang des Jahres den Kauf des niederländischen Experten für Bus- und Lkw-Ladeflösungen Heliox abgeschlossen. Das Fahrzeug-Ladegeschäft hat Standorte in Deutschland, Portugal, den USA, Indien und Holland. – dpa



Die Lederscheiden sind bei Messern von Erich Niemeier genauso wichtig wie das Messer selbst. Jede ist ein Unikat.

– Fotos: Erich Niemeier

Kampf ums Messer

Zwei Messermacher aus Bayern üben scharfe Kritik an den Plänen für ein neues Waffengesetz

Von Lorenz Nix und Johannes Geigenberger

Garching an der Alz. Schon vor dem Angriff von Solingen hat die Bundesregierung eine Verschärfung des Waffengesetzes geplant. Besonders im Fokus: Messer. Nach dem Willen von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) dürfen diese künftig nur noch in der Öffentlichkeit mitgeführt werden, wenn die Klinge maximal sechs Zentimeter beträgt. Bislang sind hier zwölf Zentimeter erlaubt. Auf dem Münchner Oktoberfest gilt das Messerverbot bereits: Dort sind alle Gegenstände verboten, die geeignet sind, jemanden zu verletzen.

Die Einschränkungen für ein Volksfest sind das eine – doch ein generelles Verbot würde ein ganzes Handwerk an den Rand der Existenz bringen. Wirtschaftsverbände schlagen Alarm: Mit der Änderung des Gesetzes „ist jeder kriminell, der ein Tortenmesser mit zum Kuchenbäser beim Schulfest nimmt“, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung unter anderem des Industrieverbands Schneid- und Haushaltswaren sowie des Verbands Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler.

Beschlossene Sache sind die Pläne der Bundesregierung allerdings noch nicht. Seit Ende des vergangenen Jahres wird an einer Gesetzesnovelle getüftelt. Der Bundesrat hat im Juni schon mal vorgelegt und Vorschläge gemacht, welche Punkte ins neue Waffengesetz Eingang finden sollen. Das nun von Faeser

angekündigte Führungsverbot für Klagen ab sechs Zentimetern wird von der Länderkammer ebenso genannt wie ein generelles Verbot von Kampfmessern und Dolchen.

Vor allem letztgenannter Vorstoß sei „verheerend“, sagt Erich Niemeier. Der Polizeibeamte aus Garching an der Alz (Landkreis Altötting) ist Präsident der Deutschen Messermacher Gilde. In dem Verein haben sich Messermacher aus ganz Deutschland, Europa und Nordamerika zusammengeschlossen.

Pläne sind „verheerend“

Einer davon ist Stefan Steigerwald aus Wendelstein (Landkreis Roth) bei Nürnberg. Er hat sich unter anderem auf Dolche spezialisiert. „Das sind Kunstwerke“, sagt er. Sollte das Verbot kommen, dürfte der hauptberufliche Messermacher diese Waffen nicht mehr herstellen. Für ihn ist der Beschluss des Bundesrats deshalb nicht nachvollziehbar. Bei den Dolchen, die er herstelle, handele es sich um Sammlerobjekte, die mehrere tausend Euro kosten. „Die sind etwas für die Vitrine“, sagt Steigerwald, der auch Vizepräsident der Deutschen Messermacher Gilde ist. Sollte sich das Dolchverbot in der Gesetzesnovelle wiederfinden, werden ihm zufolge zu Unrecht viele Leute kriminalisiert. Erich Niemeier drückt es noch drastischer aus: „Das ist Enteignung und das geht ja überhaupt nicht.“



Polizist Erich Niemeier betreibt in Garching an der Alz (Lkr. Altötting) eine Messerwerkstatt. Gleichzeitig ist er Vorsitzender der deutschen Messergilde.

Schließlich müssten auch diejenigen, die bereits solche Handwerksstücke zuhause haben, diese abgeben, sagt der Gilde-Präsident, der sich mittlerweile an die große Politik gewandt hat: In einem Schreiben, das unter anderem ans Bundesinnen-

„Das ist Enteignung und das geht ja überhaupt nicht.“

Erich Niemeier, Präsident der Deutschen Messermacher Gilde über ein Verbot von Dolchen

ministerium und die Innenministerien der 16 Länder ging, erinnert er daran, dass es bereits seit 2003 vier Änderungen im Waffengesetz mit immer weiteren Messerverboten gab. „Diese Verschärfungen in Bezug auf Messer greifen jedoch offensichtlich bislang nicht, denn die Täter halten sich nicht an solche Verbote“, erläutert Niemeier. Er weiß, wovon er spricht: Niemeier ist stellvertretender Leiter des Kriminaldauerdienstes in Traunstein. Als solcher gehört er oft zu den ersten Kriminalbeamten am Tatort: Zeugen befragen, Spurenlagen einschätzen, Todesermittlungen führen – das alles ist sein beruflicher Alltag.

Bereits jetzt haben es Messermacher nicht gerade leicht. Schließlich stellen sie ein Luxusprodukt her, das es in der billigeren Variante aber auch bei Aldi und Co. zu kaufen gibt. Steigerwald wünsche sich von der Politik und der Gesellschaft deshalb mehr Verständnis: „Das klassische Messermachen ist auch ein Kulturgut.“ Und das gelte es zu bewahren, ist Steigerwald überzeugt. Es sei zudem diskriminierend, dass „Waffe“ immer mit „Narr“ verbunden sei. Für manch einen seien Messer einfach nur ein spannendes Hobby.

Ob das neue Waffengesetz auch existenzbedrohend sein werde, weiß der Messermacher aktuell noch nicht. Er habe schließlich mehrere Standbeine – unter anderem betreibt er einen Onlineshop für Materialien, die für den Messerbau nötig sind, sowie gibt Kurse, bei denen auch Laien ihr eigenes Messer herstellen können. Und

im Falle eines Dolchverbots würde er wohl versuchen an eine Ausnahmegenehmigung zu kommen, sagt der Mittelfranke.

Waffenschein als Lösung?

Dass etwas getan werden muss, um die Zahl der Messerangriffe zu reduzieren, leuchtet Steigerwald aber ein. Denkbar ist ihm zufolge ein wohl ebenfalls vom Bundesinnenministerium bereits geplantes Verbot von Messern im öffentlichen Nahverkehr. Gilde-Präsident Erich Niemeier schlägt im Gespräch mit der Mediengruppe Bayern vor, zum Beispiel den Kleinen Waffenschein von Dolch- oder Springmesserbesitzern zu verlangen. „Der redliche Bürger wird sich dann auch darum kümmern“, ist Niemeier überzeugt. Außerdem fordert er härtere Strafen für diejenigen, die gegen das Waffengesetz verstoßen.

Der Gilde-Präsident appelliert nun an die Politik, einen Schnellschuss bei der Ausarbeitung der Gesetzesnovelle zu vermeiden. Grundsätzlich sei er – auch aufgrund positiver Rückmeldungen, die die Gilde bereits auf ihre Kritik erhalten hat – zuversichtlich. „Ich denke, dass unsere Politiker mit Herz und Hirn arbeiten können“, sagt Niemeier, dessen Appell bereits jetzt viele Menschen erreicht hat. Ein Video, in dem er sein Schreiben an die Politik vorliest, wurde auf Youtube mittlerweile rund 10 000 Mal geklickt.

LESERSERVICE

Günstige Telefonanbieter (Call by Call)

Nur aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Tarife inklusive MwSt. in Ct/Min. Die Konditionen der Anbieter können sich täglich ändern. Angaben ohne Gewähr. Alle Anbieter mit Anschlag. *sowie bundeseinheitliche Feiertage

Table with columns: Zeit, Vorwahl, Tarif, Vorwahl, Tarif. Rows include Ortsgespräche Mo-Fr, Ferngespräche Mo-Fr, Ortsgespräche Sa-So, Ferngespräche Sa-So, and Festnetz Mobilfunk Mo-So.

Gesundheitsförderung: 15 Firmen gesucht

Programm geht in die nächste Phase

Bad Birnbach. „Regionales Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung der Niederbayerischen Thermengemeinschaft“ – ein umfangreicher Name für ein Ziel: Gesundheit von Arbeitnehmern zu stärken und Unternehmen, vor allem kleinere, die sich kein eigenes Gesundheitsmanagement leisten können, diese Möglichkeit zu bieten. Dazu hat der Kurort Bad Birnbach in Zusammenarbeit mit Gesundheitsforschern der LMU das BGF-Netzwerk erarbeitet, das mittlerweile mit dem Präventionspreis ausgezeichnet wurde. Jetzt sollen bis zu 15 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) die Gelegenheit bekommen, individuell mit ihren Mitarbeitern je nach Themen-schwerpunkt in den Kurorten Niederbayerns ein professionelles



Die Vorzüge der Thermen gehören zum Gesundheitsprogramm, an dem sich jetzt Unternehmen beteiligen können. – F. Clemens Mayer

und umfangreiches Gesundheitsmanagement zu implementieren. Zum Programm gehört eine Bedarfsanalyse, eine Gesundheitswoche und ein „Refresher-Aufenthalt“ und weitere Angebote. Infos und Kontakt: www.bgf-niederbayern.de – mgb

Wohin mit der Schlacke?

Eine Million Euro Bundesförderung für Pilotprojekt in Aichers Stahlwerk

Meitingen/Freilassing. Die Produktion von Zement gilt als großer CO2-Sünder. Wie sich das ändern lässt, daran arbeiten die Max Aicher Umwelt GmbH und die Lech-Stahlwerke in Meitingen (Lkr. Augsburg), die ebenfalls zur Aicher Gruppe gehören. Konkret haben sie sich die Frage gestellt, wie sich Elektroofenschlacke umweltfreundlicher verwenden lässt. Für den Bau einer Pilotanlage gab es nun Fördermittel des Bundes in Höhe von rund einer Million Euro. Weitere Partner des Projekts mit dem Namen „Wageos“ sind die Märker Zement GmbH und Holcim GmbH.

Bei der symbolischen Übergabe der Förderbescheide vergangene Woche in Meitingen sagte Wirtschaftsstaatssekretärin Franziska Brantner (Grüne): „Das Ministerium hat sich für die Förderung dieses Projekts entschieden, weil es einen erheblichen Beitrag zur



Freude bei der symbolischen Förderübergabe: Das Team des Stahlwerks in Meitingen. – Foto: Aicher Gruppe

Dekarbonisierung leistet und das bei einem innovativen Ansatz, der die Zusammenarbeit der Stahl- und Zementindustrie und die Kreislaufwirtschaft stärkt.“ „Mit der Vermarktung von Elektroofenschlacke als Baustoff tragen wir bereits heute maßgeblich zur Kreislaufwirtschaft bei. Mit dem Wageos-Projekt und der

Herstellung von Sand für die Zementindustrie sind wir Vorreiter in der Stahlbranche und leisten einen innovativen Beitrag zur CO2-Minderung. Wir sind überzeugt, dass Elektroofenschlacke ein nachhaltiger Wertstoff mit Potential ist“, ergänzt Martin Kießling, technische Geschäftsführer der Lech-Stahlwerke. – hw